



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Planung und Verkehr**

Sitzungsort : **Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Donnerstag, 26.04.2007**

Sitzungsbeginn : **17:00 Uhr**

Sitzungsende : **19:00 Uhr**

Vorsitz

Herr Heinz Junkerkalefeld

Teilnehmer

Herr Ulrich Beyer

Herr Antonius Brinkmann

Herr Ernst-Rainer Fust

als Vertretung für Herrn Weinekötter

Herr Johannes-Heinrich Gresshoff

Herr Andreas Hahner

Herr Franz-Josef Helmers

Frau Beatrix Koch

Frau Barbara Köß

Herr Peter Kwiotek

Herr Ralf Niebusch

Herr Wolfgang Sibbing

Frau Manuela Steuer

Herr Paul Tegelkämper

Frau Monika Tigges

Frau Maria Wieschmann

Verwaltung

Herr Frank Hauke, Techn. Beigeordneter

Frau Inga Nordalm

Frau Nicole Peuler

Herr Norbert Tigges

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Befangenheitserklärungen	3
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25.01.2007	3
3. Widmung und Feststellung der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlage "Borgfeld" in Stromberg Vorlage: B 2007/600/1014	3
4. Planung zum Endausbau der Straße "Anton-Mormann-Straße/Feldmark" in Oelde-Sünninghausen Vorlage: B 2007/661/1012	4
5. Endausbau der Straße "Am Landhagen", nördlicher Teilabschnitt Vorlage: B 2007/661/1013	5
6. Straßenbäume "Hans-Böckler-Straße" Vorlage: B 2007/662/1015	5
7. Verkehrsunfallstatistik 2006 Vorlage: M 2007/320/1002	6
8. Antrag auf vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70 Jahnwiese Vorlage: B 2007/610/1009	7
9. Baugebiet "Zum Sundern" Vorlage: M 2007/610/1011	8
10. Ortsentwicklung Stromberg Vorlage: M 2007/610/1010	9
11. Verschiedenes	
11.1. Mitteilungen der Verwaltung	10
11.2. Anfragen an die Verwaltung	12

Herr Junkerkalefeld eröffnet die Sitzung des Ausschusses und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Gäste sowie einen Vertreter der Presse. Weiter stellt er fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Öffentliche Sitzung

1. Befangenheitserklärungen

Keine.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25.01.2007

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr genehmigt einstimmig die Niederschrift über die Sitzung vom 25.01.2007.

3. Widmung und Feststellung der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlage "Borgfeld" in Stromberg Vorlage: B 2007/600/1014

Die Straße „Borgfeld“ in Stromberg ist beginnend von der südlichen Grenze zum „Limberger Weg“ bis zum Ende des Grundstückes „Borgfeld 18“ – Flurstück 520 der Flur 415 - inzwischen endgültig hergestellt.

Für die Straße „Borgfeld“ ist die endgültige Herstellung festzustellen und die Widmung auszusprechen. Die Straße ist gemäß § 6 Abs. 2 in Verbindung mit § 47 Absatz 1 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen dem öffentlichen Verkehr zu widmen. Voraussetzung hierfür ist, dass der Rat der Stadt Oelde einen entsprechenden Widmungsbeschluss fasst.

Gleichzeitig ist die endgültige Herstellung der Straßenflächen als Voraussetzung für eine Abrechnung von Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch festzustellen.

Der Ausschuss für Planung und Verkehr fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

a) Widmung von Straßen

Der Ausschuss für Planung und Verkehr empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss dem Rat der Stadt Oelde zu empfehlen, gemäß § 6 des Straßen- und Wegegesetzes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV.NRW S.1028, 1996 S. 81,141,216,355), zuletzt geändert durch Artikel 182 des Gesetzes vom 05.04.2005 (GV.NRW S.306) die Straße

Borgfeld

- bestehend aus den Flurstücken 427 und 428 teilweise der Flur 415 in der Gemarkung Oelde; dem öffentlichen Verkehr als Anliegerstraße zu widmen.

Die Widmung dieser Straße erfolgt ohne Beschränkung auf bestimmte Nutzungsarten.

b) Feststellung der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlage

Der Ausschuss für Planung und Verkehr empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss dem Rat der Stadt Oelde zu empfehlen, gemäß §§ 132 und 133 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S.2414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I S.3316), in Verbindung mit den §§ 9, 10 und 12 der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch in der Stadt Oelde vom 06.10.1981, zuletzt geändert durch die 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch in der Stadt Oelde vom 20.02.2003, zu beschließen, dass die Straße

Borgfeld

bestehend aus den Flurstücken 427 und 428 teilweise der Flur 415 in der Gemarkung Oelde; endgültig hergestellt ist.

4. Planung zum Endausbau der Straße "Anton-Mormann-Straße/Feldmark" in Oelde-Sünninghausen

Vorlage: B 2007/661/1012

Die Planung zum Endausbau der Straßen „Anton-Mormann-Straße/Feldmark“ in Oelde-Sünninghausen wird durch Herrn Hauke im mündlichen Vortrag vorgestellt:

Die Gesamtbreite der Verkehrsfläche beträgt 8,00 m

Die Aufteilung erfolgt wie folgt:

- 1,75 m Gehweg Betonsteinpflaster grau
- 4,50 m Fahrbahn Asphalt
- 1,75 m Gehweg Betonsteinpflaster grau

Als Gestaltungsmaßnahmen sind Beete und Baumscheiben in der Fahrbahn vorgesehen. Bedingt durch die Anzahl der Hauseingänge und Zufahrten zu den Garagen und Einstellplätzen bestehen jedoch nur wenig Möglichkeiten für Gestaltungselemente.

Die Baustellenzufahrt erfolgt über die Straße „Zum Tienenbach“.

Herr Kwiotek bittet darum, den Bürgern/Anliegern die Materialwahl und die Wahl der Gestaltung zu überlassen wie es im Bezirksausschuss empfohlen wurde.

Herr Junkerkalefeld erläutert, dass die Alternativen vorgestellt werden und die Anlieger sodann auswählen können. Der Ausschuss wird dementsprechend beschließen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr stimmt der Planung zum Endausbau der Straßen „Anton-Mormann-Straße/Feldmark“ in Oelde-Sünninghausen einstimmig zu und beschließt die Durchführung der Bürgerinformation.

5. Endausbau der Straße "Am Landhagen", nördlicher Teilabschnitt Vorlage: B 2007/661/1013

Die Planung zum Endausbau der Straße „Am Landhagen“, nördlicher Teilabschnitt, wird durch Herrn Hauke im mündlichen Vortrag erläutert.

Der Straßenquerschnitt ist wie folgt vorgesehen:

	Am Landhagen	Am Landhagen WBV
Schrammbord	1,00 m	1,00 m
Grünbeet/Parken PKW	-	2,00 m
Fahrbahn (Gewerbe)	7,25 m	7,25 m
Gehweg	1,75 m	1,75 m
	<hr/> 10,00 m	<hr/> 12,00 m

Unter dem Parkstreifen/Grünbeet befinden sich ein Teil der Versorgungsleitungen, so dass in den Grünbeeten eine Raseneinsaat und Blumenzwiebeln vorgesehen werden. Ein Gespräch zum Ausbau der Straßen ist mit den Anliegern noch zu führen.

Herr Hauke erläutert zur Örtlichkeit, dass es um den 1. und 2. Stich „Am Landhagen“ geht.

Herr Junkerkalefeld weist darauf hin, dass die Anlieger auf den Endausbau warten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr stimmt der vorgestellten Planung zum Endausbau der Straße „Am Landhagen“, nördlicher Teilabschnitt, einstimmig zu.

6. Straßenbäume "Hans-Böckler-Straße" Vorlage: B 2007/662/1015

Herr Hauke berichtet, dass in der Ausschusssitzung vom 26. Januar 2007 durch Herr Becker erläutert wurde, dass ein Antrag der Anlieger vorliegt, die Ahornbäume entlang der „Hans-Böckler-Straße“ grundstückseitig zu entfernen. Die Baumkommission hat die Entscheidung an den Ausschuss für Planung und Verkehr verwiesen

Die Fällung sei schon im Jahr 1992 abgelehnt worden. Am 22.08.2006 lag ein neuer Antrag der acht Anlieger vor. Herr Becker habe darauf hingewiesen, dass die Anlieger eine Duldungspflicht haben.

Nach erneuter Betrachtung der Situation vor Ort kann festgestellt werden, dass einer Fällung der Bäume, wie bereits im Jahr 1992, nicht zugestimmt werden kann, da sich die Bäume weiterhin im guten Zustand befinden. Die Situation in den anliegenden Vorgärten ist zwar durch die Baumwurzeln beeinträchtigt, es besteht jedoch eine Duldungspflicht der Anlieger (vgl. Ausführungen Breloer unter <http://www.baumeundrecht.de>). Eine eventuelle Schadensersatzpflicht der Stadt Oelde bleibt davon unberührt.

Auf Nachfrage von Herrn Helmers erläutert Herr Hauke, um welche Bäume es sich genau handelt. Herr Helmers weist weiter darauf hin, dass die Bäume, die in zweiter Reihe gewachsen sind, nicht so gut entwickelt sind und dass auf diese verzichtet werden könne, zumal ja auch ein Wald in der Nähe sei.

Herr Hauke erwidert, dass die Bäume zu den Häusern einen Abstand von 6 bis 7 Metern besitzen und relativ gut entwickelt und erhaltenswürdig seien.

Auch Herr Kwiotek vertritt nach seinem bei dem Ortstermin gewonnenen Eindruck die Meinung, dass die Bäume erhaltenswert seien und bietet für die Anlieger Kontrollen der Bäume an. Er bittet darum, die Empfehlung unverändert zu beschließen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr beschließt mit einer Enthaltung, die Bäume entlang der „Hans-Böckler-Straße“ zwischen den Abschnitten „Mierendorffstraße“ zu erhalten.

7. Verkehrsunfallstatistik 2006 Vorlage: M 2007/320/1002

Herr Tigges erläutert im mündlichen Vortrag, dass die Kreispolizeibehörde Warendorf den Bericht für das Jahr 2006 vorgelegt hat. Die für die Stadt Oelde relevante Seite stellt er anhand einer PowerPoint-Präsentation dar.

Herr Hahner bezieht sich auf Punkt 7.3 „Unfallschwerpunkte“ und fragt nach, ob dort Handlungsbedarf besteht.

Herr Tigges erklärt, dass es sich hier nicht um Unfallschwerpunkte handelt und kein Handlungsbedarf besteht.

Herr Junkerkalefeld spricht die Eisenbahnunterführung an der Rhedaer Straße an und bezieht sich auf den Unfall, der vor Kurzem dort mit einem Kind geschehen sei.

Herr Gresshoff fragt nach, ob die Autobahn auch in der Statistik berücksichtigt werde, was Herr Tigges verneint.

Frau Tigges weist darauf hin, dass sie es für äußerst gefährlich halte, mit dem Fahrrad von der Rügge in die Lindenstraße zu fahren und ist der Meinung, dass man dort aufpassen solle, damit dort kein Unfallschwerpunkt entstehe. Sie regt an, dort auf Dauer Barrieren wie in der Straße „Zur Dicken Linde“ aufzustellen.

Herr Tigges erklärt, dass dieser Bereich regelmäßig kontrolliert werden wird.

Herr Junkerkalefeld gibt zu bedenken, dass besonders an Kreisverkehren die Verkehrssituation für Fahrradfahrer unübersichtlich sei und er dies für besonders gefährlich hält. Er regt an, insbesondere Kinder in Schulen konkret zu unterweisen, wie sie sich in diesen Kreisverkehren zu verhalten haben und bittet darum, damit schon im Kindergarten zu beginnen und auch über die örtliche Presse auf die Schulung und Unterweisung von Kindern hinzuweisen.

Herr Tigges berichtet, dass Fachleute z.B. vom ADAC berichten, dass - je unübersichtlicher sich eine Verkehrssituation darstellt - die Menschen mehr aufpassen und genau dort weniger Unfälle geschehen. .

Herr Helmers fragt nach, ob der Grüne Pfeil in der Statistik auftaucht. Herr Tigges verneint dies und weist darauf hin, dass die "Grünpfeilkreuzungen" bislang kein Unfallschwerpunkt sind.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

8. Antrag auf vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70 Jahnwiese **Vorlage: B 2007/610/1009**

Frau Nordalm berichtet, dass der Bebauungsplan Nr. 70 „Jahnwiese“ am 28.08.2004 Rechtskraft gem. § 10 (3) BauGB erlangt hat.

Der Bauträger hat mit dem Schreiben vom 23. März 2007 die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes beantragt (siehe Anlage). Die Änderungen sollen der Aufwertung des Vorhabens dienen. Zum einen soll die Einfahrt zum Haus Nr. 21 zur Andienung der Parkplätze verlegt werden. Zum anderen sollen in räumlich fest definierten Bereichen an Stelle der vorgesehenen Stellplätze Carports errichtet werden.

Die Verwaltung empfiehlt dem Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70 „Jahnwiese“ zu folgen.

Der Ausschuss für Planung und Verkehr empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

A) Einleitung des Verfahrens

Der Rat der Stadt Oelde stimmt dem Antrag vom 23. März 2007 zu und beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit §§ 1 Abs. 8 und § 13 Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70 „Jahnwiese“ einzuleiten. Da diese Änderungen die Grundzüge der Planung nicht berühren und die sonstigen Voraussetzungen des § 13 Abs. 1 BauGB erfüllt sind, soll dieses Bauleitplanverfahren als Vereinfachtes Verfahren gem. § 13 BauGB durchgeführt werden. Das Planverfahren erhält die Bezeichnung:

1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Bebauungsplan Nr. 70 „Jahnwiese“.

Die geplanten Änderungen betreffen Festsetzungen zur räumlichen Lage der Zufahrt zum Haus Nr. 21 und der dazugehörigen Stellplätze sowie der Zweckbestimmung als Stellplatz oder Carport.

Der Änderungsbereich liegt im Südosten des Oelder Stadtgebietes und befindet sich als nicht bebaute Lücke zwischen der Kreuzstraße, der Kerkbreite sowie dem Deipenweg.

Der Geltungsbereich ist dem beiliegenden Übersichtsplan zu entnehmen (siehe Anlage 1).

B) Öffentliche Auslegung

Die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 70 „Jahnwiese“ der Stadt Oelde - einschließlich Begründung - ist gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) öffentlich auszulegen. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen. Gemäß § 13 Abs. 2 BauGB wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen und gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird darauf hingewiesen, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird.

Die Beschlüsse zu A) und B) sind gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

9. Baugebiet "Zum Sundern" **Vorlage: M 2007/610/1011**

Herr Hauke berichtet, dass der Aufstellungsbeschluss für das Bauleitplanverfahren des Bebauungsplanes „Zum Sundern“ gem. § 2 Abs. 1 BauGB sowie der Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB in der Ratssitzung vom 26. März 2007 gefasst wurde.

Vor Beschlussfassung wurde vereinbart, dass die Anregung bzw. Anfragen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, inwieweit z.B. die Dachausrichtung für die Installation von Photovoltaikanlagen geeignet seien oder andere nachhaltige Maßnahmen für den Einsatz regenerativer Energien möglich seien, im Ausschuss für Planung und Verkehr weiter erörtert werden.

Herr Junkerkalefeld eröffnet die Diskussion.

Frau Köß regt an, eine dezentrale Energieversorgung zu installieren. Da es verschiedene Möglichkeiten gibt, empfiehlt sie weiter, mit dem örtlichen Energieversorger Möglichkeiten zu besprechen und evtl. eine Ergebnisliste anzufertigen.

Herr Hauke berichtet, dass dieser Auftrag bereits umgesetzt wurde und eine dezentrale Energieversorgung eine Alternative darstelle, jedoch einen Benutzungszwang mit sich bringen würde.

Des Weiteren besteht die Möglichkeit, die Energieversorgung über ein Blockheizkraftwerk sicherzustellen. Dies könne Einsparungen bedeuten. Jedoch würde vor allem in den Sommermonaten zuviel Wärme anfallen, die nicht genutzt werden könne.

Außerdem gebe es die Alternative einer Biogasanlage. Dazu werden jedoch Flächen und Landwirte benötigt. Bei dieser Alternative bestehen Unwägbarkeiten, die für die Zukunft nicht abzuschätzen sind (z.B. Insolvenz des Landwirtes, Bürgschaft durch die Stadt Oelde).

Laut Herrn Hauke gibt es weitere Möglichkeiten der Energieversorgung, z.B. durch Erdwärme. Dabei könne ein Zusammenschluss der Anlieger erfolgen.

In jedem Fall erscheint ein Zusammenschluss der Anlieger sinnvoll.

Frau Köß weist darauf hin, dass eine Bindung an andere Energieformen nicht zwingend ein Nachteil sein muss. Z.B. könne die durch das BHKW erzeugte Wärme in zwei bis fünf Jahren zur Kühlung genutzt werden.

Des Weiteren stelle sich die Frage, ob die Bauherren die Sonnenenergie so nutzen wollen, wie es nach der Dachausrichtung möglich sei.

Frau Köß bittet um Überprüfung der gestalterischen Festsetzungen im Hinblick auf Passiv-Häuser. Energiesparen solle leichter gemacht werden.

Herr Hahner erklärt, dass er den Eindruck habe, dass den Bauherren die Bauweise aufgezwungen werden soll. Er ist der Meinung, dass der Bauherr selbst entscheiden können sollte, wie er Energie sparen will.

Herr Fust erklärt, dass er es für unlogisch hält, dass die Verwaltung sich mit dem örtlichen Energieversorger zusammen setzt, um über die Möglichkeiten, Energie einzusparen, zu diskutieren.

Herr Junkerkalefeld hält diese Vorgehensweise für richtig.

Er richtet das Wort an Frau Köß und weist darauf hin, dass den Bauherren nicht vorgeschrieben werden kann, ein Niedrigenergiehaus zu bauen.

Herr Hauke erklärt, dass den Bauherren vielfältige Möglichkeiten eröffnet werden sollen.

Herr Hahner bittet um Mitteilung, in welcher Reihenfolge die Planung erfolge.

Herr Hauke berichtet, dass an die bestehende Bebauung angeschlossen werde. Der 2. Bauabschnitt werde bedarfsgerecht entwickelt. Dazu gehöre auch die Erschließung der Straßen.

Ziel sei es, dass die privaten Bauherren im Sommer 2008 bauen können.

Frau Köß fragt, ob es möglich sei, nachrichtlich die Gestaltungsmöglichkeiten ins Protokoll aufzunehmen (offene Gestaltung).

Herr Junkerkalefeld weist darauf hin, dass der Bebauungsplanentwurf in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt wird und daher darauf verzichtet werden könne.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

10. Ortsentwicklung Stromberg Vorlage: M 2007/610/1010

Frau Nordalm trägt vor, dass in den Jahren 2004 und 2005 im Ortsteil Stromberg in enger Zusammenarbeit mit den Bürgern der Ortsentwicklungsplan Stromberg erstellt wurde. Dieser beschreibt die wesentlichen Ziele, Handlungserfordernisse und -felder der künftigen Ortsentwicklung.

Die Stadt Oelde beginnt nun mit der Umsetzung des Stromberger Ortsentwicklungskonzeptes. Die angestrebte Gesamtkonzeption soll durch die verknüpfte, abgestimmte Realisierung verschiedener Einzelmaßnahmen umgesetzt werden.

In einem ersten Schritt soll mit der Neugestaltung des Ortskernes im Bereich der Münsterstraße sowie des Marktplatzes quasi mit dem „Herzen Strombergs“ begonnen werden. Dies liegt darin begründet, dass innerhalb des Projektfeldes „Ortsgestaltung“ die Sanierung des Ortskerns sowie die Betrachtung der Verkehrslenkung mit der Unterbringung des ruhenden Verkehrs als zentrale Maßnahmen ermittelt wurden.

Aufgrund dessen hat die Stadt Oelde ein zweistufiges Verfahren zur Erstellung von Gestaltungsvorschlägen für den Ortskern Strombergs vorgesehen. In einem ersten Schritt wurden vier Büros aufgefordert, eine erste Ideenskizze für den Bereich Marktplatz im Maßstab 1:1000 einzureichen. Kurze textliche Erläuterungen sollten die Herangehensweise und die Zielvorstellung für den Ort weiter ausformulieren.

Die eingereichten Ergebnisse werden am 23. April in einer Sitzung von einer interdisziplinär besetzten Jury beraten und bewertet. Den Büros wird dort die Möglichkeit gegeben, die erarbeiteten Ergebnisse näher zu erläutern. Auf Grundlage der Beratungsergebnisse der Jury erfolgt die Weiterbeauftragung.

Die Ergebnisse der Jurysitzung werden in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Planung und Verkehr vorgestellt.

Herr Hauke weist darauf hin, dass keine Entscheidung getroffen wird, ohne dass der Ausschuss für Planung und Verkehr mit eingebunden werde.

Herr Junkerkalefeld erklärt, dass die Aufnahme des Ortskerns Stromberg zunächst auf Eis liegt und fragt nach, ob die Überlegungen des Ministeriums berücksichtigt wurden.

Frau Nordalm bestätigt, dass dies so vorgesehen sei.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

11. Verschiedenes

11.1. Mitteilungen der Verwaltung

1 Ergänzung Jahnwiese

Herr Hauke berichtet, dass die Frist zur Herstellung der Erschließungsanlagen am 31.12.2006 abgelaufen sei. Die Frist sei bis zum 31.12.2007 verlängert worden, da der Baufortschritt langsamer voran gehe als erwartet.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

2 Denkmalschutz

Herr Hauke trägt den Ausschussmitgliedern den Verfahrensstand des Eintragungsverfahrens der noch einzutragenden Objekte aus der Kulturgüterfassungsliste vor:

Obj.-Nr.	Nutzung	Adresse	Bemerkung
	Geschäftshaus	Oelde, Lange Straße 10	• Begründung wird vorbereitet
115	Hofhaus	Kirchspiel, Ernstingweg 12	• Petitionsausschuss •
131	14 Kreuzwegkapellen	Stromberg	• Eigentumsverhältnisse müssen geklärt werden
37 + 65	Denkmalbereiche	Stadt Oelde Lange Straße/ Geiststraße und Eickhoff	• Instrument zur Unterschutzstellung wird geprüft. Beratung durch das Amt für Landschafts- und Baukultur.

Bei folgenden Objekten wurde das Widerspruchsverfahren eingeleitet:

Listen nr	Obj.-Nr.	Nutzung	Ortsteil/ Objektlage	Bemerkung
120	45	Wohnhaus	Oelde Ennigerloher Str. 7	• Zur Bearbeitung des Widerspruches ist eine eingehende Besichtigung des Hauses und seines Inneren durch die Denkmalbehörden notwendig. Termin ist noch abzustimmen.
121	150	Haupthaus Kesselhaus mit Schornstein	Oelde – Stromberg, Kirchstraße 12	• Der Widerspruch wurde durch den Kreis Warendorf (20.04.2007) kostenpflichtig zurückgewiesen.

Listen nr	Obj.- Nr.	Nutzung	Ortsteil/ Objektlage	Bemerkung
127	118	Kötterhaus	Oelde-Lette Katthagenstr. 20	<ul style="list-style-type: none"> Der Widerspruch wurde durch den Kreis Warendorf (18.04.2007) kostenpflichtig zurückgewiesen.
122	152	Hofanlage	Oelde – Stromberg Linzel 16	<ul style="list-style-type: none"> Stellungnahme des Amtes für Denkmalpflege in Westfalen liegt noch nicht vor

Frau Tigges bittet darum, bei der nächsten Einladung wieder eine Liste mit den betroffenen Objekten beizufügen.

Herr Hauke sagte dies für die Zukunft zu.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

3 Regionalplanung

Frau Nordalm trägt den Sachverhalt vor.

Herr Hahner fragt nach, welchen Nutzen die Stadt Oelde von der Regionalplanung hat.

Frau Nordalm erläutert, dass dies der normale Aufbau der Planung ist. Sie erklärt, dass - wenn die Stadt Oelde sich weiter entwickeln wolle - Flächen zur Verfügung gestellt werden müssen.

Herr Brinkmann fragt nach, ob es sich um eine Bestandsaufnahme oder um Planungen handelt. Frau Nordalm erklärt hierzu, dass beides Bestandteile seien.

Herr Brinkmann bittet um Mitteilung, wer den Bedarf ermittelt. Frau Nordalm erläutert, dass dies in Abstimmung mit der Bezirksregierung gemacht werde.

Herr Junkerkalefeld fragt nach, wie sich dies auf das neue Gewerbegebiet AUREA auswirke.

Frau Nordalm berichtet, dass Oelde durch die Gewerbeflächen gut aufgestellt sei.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

4 Umgebungslärmrichtlinie

Herr Hauke berichtet, dass für das Land Nordrhein-Westfalen Lärmkarten erstellt werden müssen. Die Kommunen sind dazu verpflichtet zu helfen und sind ebenfalls kostenpflichtig. Herr Hauke erklärt, dass darüber laufend berichtet werden wird.

Frau Tigges weist auf die aufwändigen Erhebungen bezüglich der Lärmschutzwand an der A2 hin und fragt nach, ob diese hinfällig seien.

Frau Nordalm berichtet, dass bei Gemeindegrößen wie Oelde die Baulastträger für die Autobahn zuständig sind sowie das Eisenbahnbundesamt für die Erhebung des Lärms. Die Stadt Oelde hatte ihren Anteil mit Angaben zu den Einwohnerzahlen zu erfüllen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

5 Bernardushaus

Herr Hauke berichtet, dass die Glasfassade nunmehr vom Bischöflichen Bauamt genehmigt wurde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

11.2. Anfragen an die Verwaltung

1 Stadtentwicklungskonzept

Frau Wieschmann fragt nach, ob es zum Stadtentwicklungskonzept und Wettbewerb einen zeitlichen Rahmen gibt.

Herr Hauke teilt mit, dass mit Hochdruck an der Innenstadt gearbeitet werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

2 Ehemaliges Gelände Sprick

Herr Helmers erklärt, dass er es begrüßt, dass das ehemalige Gelände Sprick saniert wird. Er bittet um Mitteilung, wie weiter vorgegangen wird, ob es einen Zeitraum gibt und welche Nutzung für die Zukunft erlaubt ist.

Herr Hauke erläutert, dass die Nutzung noch unklar ist. Wenn es konkrete Vorhaben gibt, wird der Ausschuss für Planung und Verkehr darüber informiert. Herr Hauke weist weiter darauf hin, dass der Investor daran interessiert ist, eine Entwicklung gemeinsam mit der Stadt durchzuführen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

3 Radweg Mittelweg

Herr Tegelkämper bittet darum, dass der Radweg Mittelweg in Richtung Lette nachgebessert wird, wenn die Wirtschaftswege ausgebessert würden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

4 Pättken Maibach

Herr Tegelkämper berichtet, dass der Weg am Maibach für Radfahrer nicht mehr benutzbar sei, da er völlig kaputt sei. Jetzt würden Reiter dieses Pättken benutzen. Er weist darauf hin, dass dort keine Schilder „Reiten verboten“ vorhanden seien und bittet darum, diese schnellstmöglich dort aufzustellen und den Weg auszubessern, damit Fahrradfahrer diesen wieder benutzen können.

Herr Tigges spricht sich gegen eine Beschilderung aus, da dies ein Privatweg sei und sich am Ende niemand an diese Schilder halten wird, weil es niemand kontrollieren kann. Er regt an, mit den Reitern das Gespräch zu suchen und eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Herr Tegelkämper weist darauf hin, dass dies schon versucht wurde, eine Regelung mit den Reitern nicht getroffen werden konnte und dies auch nicht geschehen würde, so lange keine Schilder aufgestellt werden.

Herr Junkerkalefeld macht den Vorschlag, dass gezielt die Personen angesprochen werden, die den Weg benutzen und man sodann eine gemeinsame Lösung suchen kann. Unter anderem könne man den Weg gemeinsam unterhalten oder sich mit der periodischen Ausbesserung des Weges abwechseln. Sollten diese Bemühungen nicht umsetzbar sein, könne man Verbotsschilder aufstellen.

Frau Koch weist darauf hin, dass alle gegenseitig aufeinander Rücksicht nehmen sollten und spricht sich gegen die Aufstellung von Verbotsschildern aus.

Herr Tegelkämper weist nochmals darauf hin, dass das Gespräch bereits gesucht wurde, dies sei jedoch fruchtlos verlaufen.

Herr Junkerkalefeld bittet darum, zunächst zu versuchen, eine Vereinbarung mit den Reitern zu erzielen. Verbotsschilder sollten das letzte Mittel in der Reihe der Möglichkeiten sein. Er bittet Herrn Tigges darum, die betreffenden Reiterhöfe diesbezüglich anzuschreiben.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

5 Oststraße

Herr Junkerkalefeld fragt, warum die Oststraße als Teil der Münsterlandroute noch nicht fertig sei. Sie stelle in diesem Zustand eine Gefahr dar.

Herr Tigges weist darauf hin, dass es sich hier um eine Maßnahme des Landesbetriebs Straßen NRW handelt. Das landesweite Ausschreibungsverfahren läuft. Einen konkreten Zeitplan gebe es leider nicht.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

6 Fußgängerüberweg Erich-Kästner-Schule

Herr Junkerkalefeld bittet um die Anlegung des Fußgängerüberweges an der Wibbeltstraße in Höhe Erich-Kästner-Schule.

Herr Hauke sagt dies für den Spätsommer/Herbst zu, wenn möglich, würde dieser auch früher angelegt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

7 Platzmangel Erich-Kästner-Schule

Herr Junkerkalefeld weist darauf hin , dass an der Erich-Kästner-Schule großer Platzmangel herrsche. Der Schulausschuss suche Lösungen durch Pavillons oder massive Bauten. Er fragt nach, inwieweit der Ausschuss für Planung und Verkehr Einfluss nehmen kann.

Herr Hauke erklärt, dass der Ausschuss für Planung und Verkehr bedingten Einfluss aufgrund der Schulträgerschaft ausüben könne.

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Verkehr nimmt Kenntnis.

Heinz Junkerkalefeld
Vorsitzender

Nicole Peuler
Schriftführerin